

SCHMIDT's EKKE



Ausgabe 2 — März 2014

Kontakt



Matthias Schmidt, MdB

Wahlkreisbüro

SchmidtsEkke
Ekkehardstraße 1
12437 Berlin
Telefon: 030 53 60 99 50
Fax: 030 53 60 99 49
Mail: matthias.schmidt@bundestag.de

Öffnungszeiten Schmidts Ekke

Montag: 11 bis 17 Uhr
Dienstag: 9 bis 15 Uhr
Mittwoch: 9 bis 17 Uhr
Donnerstag: 9 bis 15 Uhr
Freitag: 9 bis 15 Uhr
Samstag: 10 bis 13 Uhr

Bundestagsbüro

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 22 77 48 33
Fax: 030 22 77 68 35
Mail: matthias.schmidt@bundestag.de

Inhalt

Gerechtigkeitslücken in der Rentenversicherung werden geschlossen	Seite 2
Frühstück mit Bezirksbürgermeister Oliver Igel	Seite 3
Was ist auf unseren Schulhöfen los?	Seite 3
Im Gedenken an Sophie Scholl	Seite 3
Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit	Seite 4

Erste Schritte

macht man häufiger im Leben. Die ersten Schritte auf zwei Beinen. Erste Schritte in den Kindergarten, in die Schule, ins Berufsleben, in die Partnerschaft, in die Familie.

Jeder erste Schritt ist eine große Herausforderung und wir sind unendlich stolz, Schritte gemeistert zu haben. Unsere Verantwortung wird stets größer mit jeder neuen Aufgabe, mit jedem Menschen, für den wir Sorge tragen.

Meine ersten Schritte im Bundestag habe ich vorsichtig gesetzt in dem Bewusstsein Verantwortung zu tragen: für meine Familie und meine Freunde und nicht zuletzt für Sie, liebe Leserinnen und Leser. Meine Schritte werden nun

größer, schneller, mutiger. Einen großen Schritt habe ich als Mitglied des Innenausschusses gemacht. Ich durfte helfen, die Wogen zu glätten um die Arbeitsfähigkeit dieser Regierung zu erhalten. Die Konsequenzen aus dem Fall Edathy – aus dem mutmaßlichen Handeln des Menschen Sebastian Edathy wohlgermerkt - werden uns jedoch noch lange beschäftigen.

Laufe ich gut? Nicht zu schnell? Nicht zu langsam? Gehen Sie mit mir! Ich halte Sie gern auf dem Laufenden!

Ihr
Matthias Schmidt

Die BücherEkke

Hier wird gemordet, geliebt und gelacht

Die BücherEkke ist schon fast voll und viele schöne Bücher warten auf Leserinnen und Leser. Charlotte Link und Christa Wolf füllen eigene Regalböden.



Foto: Lars Düsterhöft

Gesamtausgabe von Thomas Mann schmücken Ikeas Billy. Kinder- und Jugendbücher warten auf junge Leserschaft. Historische Romane, Biographien, Krimis und sogar einige von den jüngsten Bestsellerlisten. Kleine Geschenkbüchlein freuen sich verschenkt zu werden.

Deshalb bitten wir Sie in den nächsten Wochen mehr Bücher zu nehmen als zu geben. Unsere Bücher sind Wanderbücher, sie sind nur auf der Durchreise hier.

Die Illuminati sind schon doppelt da. Best of Goethe und Schiller und eine

■ KAZ



Gerechtigkeitslücken in der Rentenversicherung werden geschlossen

Am 20. Februar 2014 hat die Große Koalition aus SPD und CDU/CSU den Gesetzentwurf zur Festsetzung der Beitragsätze in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Jahr 2014 beschlossen.

Ziel des Gesetzes ist es, die Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung stabil zu halten. Hierzu wird der Beitragssatz bei 18,9 Prozent gehalten. Aufgrund des derzeitigen Überschusses in der Rentenversicherung hätte eigentlich eine Absenkung des Beitragssatzes erfolgen müssen.

Doch die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung steigen. Allein die Anerkennung eines weiteren Jahres als Kinderziehungszeit für Frauen, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, kostet jährlich 6,7 Milliarden Euro. Hinzu kommen die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, bei den zur Verfügung stehenden Mitteln für Rehabilitationsmaßnahmen sowie der Einstieg in den abschlagsfreien Rentenzugang nach 45 Beitragsjahren.

In einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales begrüßte eine Mehrheit von Experten, dass die Rentenbeiträge hierzu stabil bleiben und nicht gesenkt werden. Ingo Nürnberger vom Deutschen Gewerkschaftsbund sagte: „Dies halten wir für vertretbar und notwendig, denn wir brauchen dringend Leistungsverbesserungen zum Beispiel bei den Reha-Maßnahmen.“ Rudolf Zwiener vom Institut für Makroökonomie der Hans-Böckler-Stiftung plädierte ebenfalls für einen Beitragssatz von 18,9 Prozent. Zum einen sei dies mit Blick auf die demografische Entwicklung sinnvoll, zum anderen müssten dringend Leistungsverbesserungen

zum Beispiel bei der Erwerbsminderungsrente erreicht werden.

Die Rentenreform in der Übersicht:

Rente mit 63

Die abschlagsfreie Rente mit 63 belohnt die, die ihr Arbeitsleben bereits in jungen Jahren begonnen und über Jahrzehnte hinweg durch Beschäftigung, selbständige Tätigkeit, Pflege sowie Kindererziehung ihren Beitrag zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung geleistet haben. Nur kurzzeitige Arbeitslosigkeit mit Bezug von Arbeitslosengeld (und weiterer Entgeltersatzleistungen z.B. bei Weiterbildung, Kurzarbeit oder im Insolvenzfall) wird berücksichtigt, um besondere Härten zu vermeiden. Die Lebensleistung soll durch eine kurze Phase der Arbeitslosigkeit nicht abgesprochen werden. Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit (frühere Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld II) werden deshalb nicht berücksichtigt.

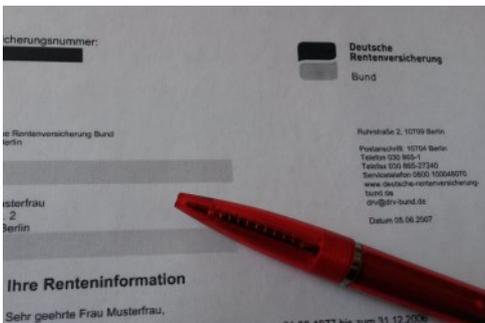


Foto: Lars Düsterhöft

Mütterrente

Mit der Mütterrente bekommen Frauen, die vor 1992 geborene Kinder erzo-gen haben, einen zusätzlichen Entgelt-punkt gutgeschrieben. Mit den hier-durch höheren Renten werden die Er-ziehungslösungen dieser Frauen bes-ser honoriert – allerdings mit dem nöti-

gen Augenmaß, denn die finanziellen Belastungen dürfen Beitrags- und Steuer-erzahler nicht überfordern. Eine völlige Gleichstellung der Erziehungsleistun-gen vor und nach 1992 geborener Kin-der ist leider nicht möglich.

Höhere Erwerbsminderungsrenten

Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr erwerbstätig sein kann, er-hält eine Erwerbsminderungsrente. Erwerbsgeminderte werden dabei im Moment so gestellt, als ob sie mit ih-rem bis zur Erwerbsminderung erzi-elten durchschnittlichen Einkommen bis zum 60. Lebensjahr weitergearbeitet hätten. Für alle, die ab 1. Juli 2014 in Erwerbsminderungsrente gehen, wer-den hier zwei Jahre zusätzlich berück-sichtigt. Zum anderen wird künftig ver-hindert, dass sich die letzten vier Jahre vor Eintritt der Erwerbsminderung ne-gativ auf die Rentenhöhe auswirken. Einkommenseinbußen zum Beispiel durch den Wegfall von Überstunden, Wechsel in Teilzeit oder Krankheit wir-ken sich dann nicht negativ auf die Ren-te aus.

Erhöhung des Reha-Budget

Die Rentenversicherung finanziert ein umfangreiches Spektrum an Leistungen zur medizinischen und beruflichen Re-habilitation. Das Budget der Renten-versicherung für diese Leistungen wird nun an den demografischen Wandel angepasst. Für die Zeit, in der nun die geburtenstarken Jahrgänge ("Baby-boomer") das rehabilitationsintensive Alter ab 45 Jahren erreichen, stehen der Rentenversicherung damit automa-tisch ausreichende Mittel zur Verfü-gung.

■ LD

Frühstück mit Bezirksbürgermeister Oliver Igel

Einmal im Monat sind besondere Gäste in Schmidts Ekke zu Gast. Im Rahmen der Frühstücksekke werden Treptow-Köpenicker Probleme heiß diskutiert. Am 15. März ist Bezirksbürgermeister Oliver Igel zu Gast.

1978 geboren, 1997 das Abitur an der Flatow-Oberschule Köpenick abgelegt, ist Oliver Igel seit den letzten Wahlen in Berlin am 27. Oktober 2011 Bezirksbürgermeister. Seit dem 31. August 2013 ist er stolzer Vater eines aufgeweckten Jungen. Seine Lebensgefährtin Ellen Haußdörfer ist Mitglied im Abgeordnetenhaus.

Zum Bürgermeisteramt kommen die Stadtratsaufgaben der Bereiche Bürgerdienste, Personal, Immobilien, Finanzen und Wirtschaft hinzu.

Oliver Igel wird über aktuelle Probleme und Entwicklungen in Treptow-Köpenick informieren und Fragen beantworten.

■ LD

Samstag, 15. März 2014

Ab 11 Uhr

Schmidts Ekke

Rassismus, Antisemitismus, Homophobie Was ist los auf unseren Schulhöfen?

Berlin ist eine vielfältige und tolerante Stadt. Dennoch sind „schwul“ und „Jude“ häufig gebrauchte Schimpfwörter, besonders auf Schulhöfen. Von wem geht diese Diskriminierung aus, wer ist betroffen und wie schlimm ist das eigentlich? Und was kann dagegen getan werden?

Diese und weitere Fragen werden im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus beantwortet. Nachdem die Jusos Treptow-Köpenick letztes Jahr in der HTW mit 70 Gästen einen Kurzfilm schauten und dann über Alltagsrassismus diskutiert haben, widmen sie sich nun der Schule.

Freitag, 21. März 2014

Ab 19 Uhr

**AnsprechBar, Siemensstraße 15
(Oberschöneweide)**

Die Gäste:

Psychologe Dr. Ulrich Klocke, Humboldt-Universität Berlin, hat im Auftrag des Senats die Akzeptanz sexueller Vielfalt in Berliner Schulen untersucht. Er sagt, dass Homophobie immer noch extrem verbreitet ist. Seine Studie bietet Anhaltspunkte, was getan werden kann.

Melanie Kühnemann, Lehrerin an einer Neuköllner Schule, hat auf dem Landesparteitag der SPD Berlin einen Antrag zur Bekämpfung von Antisemitismus unter SchülerInnen einberacht. Sie hat Sorge, dass man dem Antisemitismus in den Schulen nichts entgegen zu setzen hat. Als Lehrerin kennt sie die Probleme aus ihrem schulischen Alltag.

Die Veranstaltung ist Teil der Internationalen Aktionswochen gegen Rassismus in Treptow-Köpenick.

■ PB

Im Gedenken an Sophie Scholl

Am 22. Februar 1943 wurde Sophie Scholl hingerichtet. Sie hatte zuvor in der Widerstandsgruppe Weiße Rose

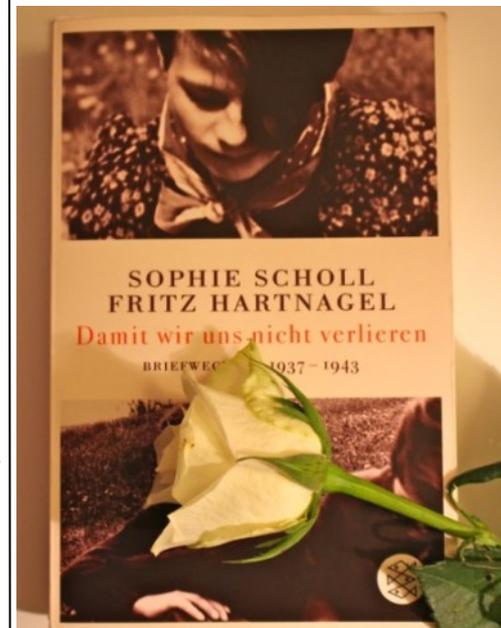


Foto: Lars Düsterhöft

gegen das Hitler-Regime gekämpft.

Dieser unerschrockenen Frau wurde genau 71 Jahre später, im Rahmen einer Lesung in Schmidts Ekke, gedacht. Es wurden Briefe von Fritz Hartnagel und Sophie Scholl gelesen.

■ LD

Quiz

Wer war bis 2006 Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick?

- a) Walter Momper
- b) Klaus Ulbricht
- c) Rainer Hölmer

**Ihre Antwort per Mail an
matthias.schmidt@bundestag.de**

Unter den richtigen Antworten verloren wir 3 x 1 Flasche Wein/hochwertigen Traubensaft.

Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit

Neun Monate bevor sich der Fall der Mauer zum 25. Mal jährt, hat der Deutsche Bundestag den „Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2013“ diskutiert. Seit 1997 wird der Jahresbericht dem Bundestag vorgelegt.

Mindestlohn wichtig und richtig für Ostdeutschland

Die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Iris Gleicke (SPD), betonte in Ihrer Rede, dass die Wirtschaftskraft in Ostdeutschland gestärkt werden und sich bei den Löhnen endlich etwas tun müsse. Hierzu sei die Einführung eines einheitlichen, flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns gerade „für Ostdeutschland richtig und wichtig“. Klar sei aber auch, dass durch den Mindestlohn einige Preise steigen könnten. Wer aber selber halbwegs anständig verdiene, wird nichts dagegen haben, beim Friseur oder im Blumenladen etwas mehr zu bezahlen.

Die Einführung des Mindestlohns sei auch „von großer Bedeutung für die Einführung eines in Ost und West einheitlichen Rentensystems“, betonte Gleicke. Mittlerweile seien die Ost-Renten auf fast 92 Prozent der West-Renten angestiegen. Die vollständige Angleichung solle von 2019 an kommen, so sei es im Koalitionsvertrag mit der Union vereinbart worden.

Die Mauer in den Köpfen ist noch da

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Wolfgang Tiefensee fordert, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland neue Programme aufzulegen und Investitionen zu unterstützen. Die Sprecherin der Landesgruppe Ost der SPD-Fraktion, Daniela Kolbe sagte, dass laut einer aktuellen

Forsa-Umfrage 60 Prozent der Befragten meinen, es gebe noch immer eine Mauer in den Köpfen. So glaubten fast zwei Drittel der 45- bis 59-Jährigen, dass die Wiedervereinigung nur auf dem Papier stattgefunden habe. Und auch die Hälfte der 18- bis 29-Jährigen nehme noch eine Kluft zwischen Ost und West wahr. Das zeige deutlich, dass die innere Einheit noch nicht bestehe.



Plakat 1990; Foto: SPD Parteivorstand

Positive Entwicklungen in Ostdeutschland erreicht

Positiv zu bewerten ist die heutige moderne Infrastruktur in Ostdeutschland mit ihren gut ausgebauten Verkehrsweegen und leistungsfähigen Energienetzen sowie die Wissenschaftsinfrastruktur aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Dadurch hat sich Ostdeutschland zu einem attraktiven und wettbewerbsfähigen Standort entwickelt. Der Bericht spricht sogar von einer „Reindustrialisierung“ in den neuen

Bundesländern. Allerdings habe sich die Angleichung an das Wirtschaftsniveau Westdeutschlands in den letzten Jahren wieder deutlich verlangsamt, heißt es dort.

Weiterhin hohe Arbeitslosigkeit

Obwohl die Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands so niedrig ist wie seit 20 Jahren nicht mehr, liegt die Quote mit 10,7 Prozent noch immer deutlich über derjenigen Westdeutschlands. Auch die Wirtschaftskraft ist in Ostdeutschland etwa 30 Prozent niedriger als im West-Durchschnitt. Das verfügbare Einkommen pro Einwohner macht einschließlich Berlin nur 82 Prozent des Niveaus in Westdeutschland aus. Ebenso besteht das Lohngefälle zwischen West- und Ostdeutschland fort. Im Osten verdienen die Menschen im Durchschnitt 20 Prozent weniger als im Westen, und in einigen Branchen sind es sogar 45 Prozent weniger. Auch das Armutsrisiko ist dort größer als im Westen unseres Landes.

LD

Sie wollen Schmidts ZeitungsEkke per Mail erhalten? Sie wollen mehr Informationen über die Arbeit von Matthias Schmidt und der SPD?

Schreiben Sie eine Mail an matthias.schmidt@bundestag.de

und wir nehmen Sie gern in unseren Verteiler auf.